



Neue Westfälische

Bad Oeynhausener Kurier

Freitag, 20. Dezember 2002

„Härtefälle“ beim Bürgermeister

Notgemeinschaft: Gegner ignorieren Probleme der Nordumgehung/ Bürgermeister: Stadt wird Einwendungen Nachdruck verleihen

■ **Bad Oeynhausen (sch).** Ganz und gar unterschiedlich fallen die Interpretationen eines Gesprächs aus, das Gegner der Nordumgehung am Mittwochabend mit Bürgermeister Gerhard Paul geführt haben.

„Sollte die Autobahn gebaut werden, liegt mein Haus drei Meter neben der Trasse. Es ist nicht zumutbar, dort noch länger zu leben“, klagte Wolfgang Karmeyer. Mit fünf „Leidensgenossen“ und der Spitze der Notgemeinschaft war er ins Rathaus gekommen. In aller Deutlichkeit habe man dem Bürgermeister klar gemacht, dass man das Gefühl habe, dass die politischen Befürworter der Nordumgehung diese Probleme völlig ignorierten. „Der Bürgermeister zeigte sich sichtlich beeindruckt von den Schilderungen“, berichtet Klaus Rasche, Vorsitzender der Notgemeinschaft. Der Bürgermeister habe es schade gefunden, dass keine weiteren Ratsmitglieder an dem Gespräch teilgenommen hätten.

Das hatte der Bürgermeister selbst ganz anders erlebt. Konfrontiert mit den Aussagen Rasches stellte er gestern klar: „Für sich“ weise er „den Vorwurf der Ignoranz deutlich zurück“. Unbenommen sei es den Betroffenen, über das Thema mit ihren Ratsmitgliedern ins Gespräch zu kommen.

„Der Rat hat gerade zur Interessenwahrung der Belange der Stadt und seiner Bürger Einwendungen erhoben, die nunmehr im Anhörungsverfahren behandelt werden“, so Paul. Auch im Interesse der Bürger müsse diesen Einwendungen „nachhaltig Geltung“ verschafft werden. Nicht im Stadtrat, wie Rasche nach dem Gespräch berichtete, sondern im Ausschuss für Stadtentwicklung könne über den Inhalt des Gesprächs von Mittwoch berichtet werden.

Die Besucher des Bürgermeisters verwiesen auf aus ihrer Sicht machbare Alternativen zur Nordumgehung. Ihrer Meinung nach seien die Folgen der Nordumgehung zum großen Teil nicht auszugleichen. „Härtefälle, wie sie die Anwesenden repräsentierten, gibt es aus Sicht der Straßenbauverwaltung gar nicht.“

Dagegen wies Paul gestern noch einmal darauf hin, dass „die Stadt nicht Adressat von Entschädigungsansprüchen“ sein könne und dass erst nach Entschädigungsverfahren festgestellt werden könne, ob besondere Härtefälle vorlägen.